

Titel der Drucksache:

**Antrag der Fraktion SPD zur DS 0944/16 -  
Kommunale Wohnungspolitik neu ausrichten**

Drucksache 1207/16  
Ä./E.-Antrag  
zur DS-Nr.: **0944/16**

Stadtrat öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Bau- und Verkehrsausschuss	30.08.2016	nicht öffentlich	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt	30.08.2016	nicht öffentlich	Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen	30.08.2016	nicht öffentlich	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben	31.08.2016	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	07.09.2016	öffentlich	Entscheidung

## Änderungs/Ergänzungsantrag

### Sachverhalt

Die Drucksache wird wie folgt geändert:

### Änderung Titel der Drucksache in:

**"Bündnis bezahlbares Wohnen Erfurt" gründen**

### Beschlusspunkte:

#### 01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Erfurter Genossenschaften und der KOWO GmbH Gespräche zu führen mit dem Ziel, ein Erfurter Bündnis für bezahlbares Wohnen - gemäß den im Sachverhalt ausgeführten Grundsätzen - zu initiieren.

#### 02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Landesregierung Gespräche zu führen, mit dem Ziel, die bereits zugesagte Kappungsgrenzenverordnung für bestehende Mietverhältnisse (Reduzierung Mieterhöhung Vergleichsmiete von 20 auf 15 Prozent) für Erfurt in Kraft zu setzen.

### 03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der KOWO GmbH Gespräche aufzunehmen, wie eine langfristige Unternehmensstrategie gestaltet und verbindlich vereinbart werden kann. Hierbei soll der Schwerpunkt auf der Schaffung von neuem sozialen Wohnraum zu einem Mietpreis entsprechend den Thüringer Förderrichtlinien liegen, um Mieter mit geringen oder mittleren Einkommen, Rentner, Leistungsempfänger und Studenten mit Wohnraum versorgen zu können. Zur Absicherung der Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen bzw. zur notwendigen Querfinanzierung kann die KOWO GmbH auch anderen Wohnraum schaffen.

Die ersten Gesprächsergebnisse sind dem Stadtrat im ersten Quartal 2017 vorzulegen.

### 04

Zur Umsetzung der Bauvorhaben ist die KOWO GmbH angehalten, soweit erforderlich, von den verfügbaren Förderangeboten von Bundesseite bzw. vom Freistaat Thüringen Gebrauch zu machen.

### 05

Der Stadtrat begrüßt und unterstützt das bereits vorliegende Engagement der KOWO GmbH zur Kostensenkung im Wohnungsneubau und modularen Geschosswohnungsbau und unterstützt dieses im Rahmen seiner gesetzlichen und haushälterischen Möglichkeiten bei der Entwicklung und Praxiserprobung.

### 06

Dem Stadtrat ist eine Aufstellung der zur Neubebauung dienenden Grundstücke vorzulegen. Dabei sind auch alle möglichen städtischen Grundstücke einzubeziehen.

### 07

Dem Stadtrat ist vom Oberbürgermeister bis zum Jahresende 2016 ein Verfahrensvorschlag vorzulegen, wie Grundstücke der KOWO GmbH, welche im Zuge der Stadtschrumpfung zum Außengebiet erklärt worden sind, angesichts der neuen demographischen und baulichen Stadtentwicklung wieder zum Innenbereich erklärt werden können.

### **Begründung:**

Erfurt wächst und das ist gut so. In der Vergangenheit gab es bedrohliche Leerstände und Prognosen, die Erfurt auf 185 000 Einwohner schrumpfend sahen. Infolgedessen ist es zu Rückbauaktivitäten von Wohnraum bei Genossenschaften und der KOWO GmbH gekommen; im Weiteren sind gemeinsam Stabilisierungs- und Beobachtungsgebiete definiert.

Erfurt wächst und das ist gut so. Allerdings verursacht das Wachstum auch Wachstums-schmerzen. Die neusten Prognosen sehen Erfurt bei einem Wachstum auf 235 000 Ein-wohner. Es wird Neubürger geben, die sich allein auf dem Wohnungsmarkt versorgen können, sei es als Käufer von Eigentumswohnungen oder Mieter von hochpreisigen Wohnungen. Andererseits gibt es viele Erfurter, die wirtschaftlich dazu nicht in der Lage sind.

Es ist Aufgabe genossenschaftlichen Wohnens und des kommunalen Wohnungsunter-nehmens, Abhilfe zu schaffen, da die Versorgung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung sowohl eine soziale als auch eine staatliche Aufgabe ist.


Die KOWO GmbH hat bereits eigene Planungen für den Einstieg in den sozialen Woh-nungsbau auf den Weg gebracht. Idee hierbei ist es, ein Erfurter Bündnis für eine soziale Wohnungspolitik

und bezahlbares Wohnen auf den Weg zu bringen. Wir als SPD-Fraktion würden diesen Vorschlag um den Punkt ergänzen, dieses Bündnis auch für die Genossenschaften zu öffnen - analog den damaligen Verfahrensbeteiligten – in welchen einvernehmlich Abriss-, Beobachtungs- und Stabilisierungsgebiete festgelegt worden sind.

Das "Bündnis bezahlbares Wohnen Erfurt" soll sich neben dem Wohnungsneubau auch dafür einsetzen, dass das Wohnen in Erfurt für alle bezahlbar bleibt und ferner die gewachsenen sozialen Strukturen gefördert und erhalten werden. Unser Erfurter Bündnis für bezahlbares Wohnen soll sich auch dafür einsetzen, Wohnbedingungen - sei es durch Herstellen von Barrierearmut oder Barrierefreiheit - zu verbessern und ferner bezahlbares Wohnen für Rentner, Familien, Bürger in den unteren und mittleren Einkommensschichten und Studenten sicher zu stellen.

Als flankierende Maßnahme wird der Oberbürgermeister aufgefordert mit der Landesregierung Gespräche zu führen mit dem Ziel, die bereits mehrfach in Aussicht gestellte Kappungsgrenzenverordnung mit einer Begrenzung der Mieterhöhung auf 15 % bei bestehenden Mietverhältnissen in Erfurt unverzüglich in Kraft zu setzen.

#### Anlagenverzeichnis

30.08.2016, gez. i. A. 

Datum, Unterschrift